

**Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche  
Ordnung und Bevölkerungsschutz  
am Dienstag, den 14.11.2023, im Großen Ausschusszimmer des  
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum C 4.26)**

**Beginn: 09:00 Uhr  
Ende: 10:52 Uhr**

		Seite
	<b><u>I. Öffentlicher Teil</u></b>	
1.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	4
2.	Bericht der Ärztlichen Leitung Rettungsdienst im Kreis Warendorf <b>191/2023</b>	5
3.	Interkommunale Zusammenarbeit des Kreises Warendorf mit der Stadt Münster und dem Kreis Coesfeld bei Wald- und Vegetationsbränden sowie bei Unglücksfällen größeren Umfangs auf Bahnstrecken - Abschluss von zwei öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen <b>181/2023</b>	6 – 7
4.	Erste Ergebnisse zur Einrichtung der Anonymen Spurensicherung bei Sexualdelikten (ASS) im Kreis Warendorf <b>195/2023</b>	8
5.	Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Einrichtung des Rettungsdienstes des Kreises Warendorf <b>193/2023</b>	9
6.	Vorbereitung von Entscheidungen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen, hier: Beratung des Budgets der Kreispolizeibehörde, des Amtes für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Straßenverkehr und des Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes für 2024 <b>194/2023</b>	10 – 11

**Anwesend:**

<b>Ausschussmitglieder</b>
Blömker, Franz-Ludwig
Dufhues, Hannelore
Gerwing, Theresia
Kaup, Winfried
Kühnel, Andreas
Marx, Burkhard
Maschelski-Werning, Sophia
Mindermann, Ursula
Poppenberg, Bernhard
Rosenbaum, Ulf
Starke, Dennis
Termühlen, Hildegard
Thiel, Joachim
von Ketteler, Friedrich-Carl
Werner, Olaf Martin
<b>stellv. Ausschussmitglieder</b>
Ommen, Detlef
Schmedding, Josef
<b>von der Verwaltung</b>
Altenseuer, Udo
Diekhoff, Katrin
Holtstiege, Ralf
Karaboutas, Theodoros
Kleier, Ulrike
Kornblum, Tim, Dr.
Schreier, Petra
Witte, Andreas, Dr.

**Es fehlten entschuldigt:**

**Ausschussmitglieder**

Dinter, Dennis

Koch, Karsten

Luster-Haggeney, Rudolf

Ströse, Dana

Frau Maschelski-Werning eröffnet um 09.00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses für öffentliche Ordnung und Bevölkerungsschutz sowie die Vertreter der Presse.

Sie stellt fest, dass der Ausschuss form- und fristgerecht einberufen worden ist.

<b>I. Öffentlicher Teil</b>
-----------------------------

<b>1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner</b>	
--	--

Auf Nachfrage der Vorsitzenden meldet sich keine Einwohnerin / kein Einwohner zu Wort.

<b>2. Bericht der Ärztlichen Leitung Rettungsdienst im Kreis Warendorf</b>	<b>191/2023</b>
--	-----------------

Herr Karaboutas stellt die Ärztliche Leitung Rettungsdienst des Kreises Warendorf anhand einer Präsentation (Anlage 1) vor und entschuldigt den verhinderten Dr. Schomaker. Er geht dabei auf die aktuellen Entwicklungen im Rettungsdienst und auf die Aufgaben der Ärztlichen Leitung Rettungsdienst ein.

Herr Thiel dankt für den Vortrag und weist darauf hin, dass viele Probleme nicht durch den Ausschuss beeinflusst werden können und bittet um Auskunft, ob Beschaffungen geplant sind, die die Arbeit des Rettungsdienstes erleichtern oder verbessern können. Herr Karaboutas erläutert, dass die Beschaffung von speziellen Ultraschall-Geräten, die eine Diagnose an der Einsatzstelle ermöglichen, für das Jahr 2024 vorgesehen ist. Auf Nachfrage von Herrn Thiel erklärt Herr Karaboutas, dass die Geräte voraussichtlich auf den Notarzt-Einsatzfahrzeugen (NEF) verlastet werden sollen, hier ist jedoch die weitere Entwicklung insbesondere im Bereich der Notfall-sanitäter-Aufgaben abzuwarten. Frau Schreier weist darauf hin, dass aktuell vier Geräte für die NEF eingeplant sind.

Herr Poppenberg dankt ebenfalls für den Vortrag und fragt, inwieweit die gegenseitige Vernetzung mit den Krankenhäusern hinsichtlich der digitalen Einsatzdokumentation gewährleistet ist. Herr Karaboutas erklärt, dass im Kreis Warendorf bislang noch nicht alle Krankenhäuser eingebunden sind. Hier stehe man allerdings auch erst am Beginn der Entwicklung und Einführung. Aktuell läuft die Testphase mit dem Krankenhaus Warendorf. Im Kreis Gütersloh sind alle Krankenhäuser in das gleiche System eingebunden. In der Stadt Münster wird ein anderes System verwendet, so dass eine gegenseitige Vernetzung hier aktuell noch nicht möglich ist.

Herr Poppenberg fragt nach den Möglichkeiten, aus Bequemlichkeit bewusst herbeigeführte Fehleinsätze mit dem Anrufer abrechnen zu können. Herr Karaboutas erläutert hierzu die Problematik, diese Einsätze bei der Notrufabfrage herauszufiltern. Herr Holtstiege weist darauf hin, dass der Missbrauch sehr schwer nachzuweisen ist. Insofern ist eine gesonderte Abrechnung mit dem Meldenden in der Regel nicht möglich.

Herr Blömker bedankt sich ebenfalls für die Ausführungen und geht auf die Automatischen Externen Defibrillatoren (AED) ein, die häufig in öffentlichen Gebäuden zu finden sind. Er bittet um eine ärztliche Einschätzung zum Nutzen der Geräte. Herr Karaboutas erklärt, dass die AED insbesondere bei einem Herz-Kreislauf-Stillstand extrem wichtig sind. Insofern wird derzeit an der Erstellung einer Übersichtskarte gearbeitet. Frau Maschelski-Werning weist darauf hin, dass die Sensibilisierung der Bevölkerung in diesem Bereich von großer Bedeutung ist.

### **Abstimmungsergebnis:**

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

<b>3.</b>	<b>Interkommunale Zusammenarbeit des Kreises Warendorf mit der Stadt Münster und dem Kreis Coesfeld bei Wald- und Vegetationsbränden sowie bei Unglücksfällen größeren Umfangs auf Bahnstrecken - Abschluss von zwei öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen</b>	<b>181/2023</b>
-----------	--	-----------------

Herr Holtstiege erläutert, dass Einsatzlagen im Bereich der Wald- und Vegetationsbrände sowie bei Unglücksfällen größeren Umfangs auf Bahnstrecken einzelne Gebietskörperschaften an die Kapazitätsgrenzen bringen können. Das derzeit in der Erstellung befindliche Einsatzkonzept sieht daher eine strukturierte Zusammenarbeit insbesondere hinsichtlich der technischen Ausstattung mit der Stadt Münster und dem Kreis Coesfeld vor. Hierzu sind auch Fördermittel des Landes NRW in Aussicht gestellt worden. Herr Holtstiege bittet um die Unterstützung des Projektes, da derartige Einsatzlagen heutzutage gut denkbar sind. Voraussetzung ist allerdings der Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung.

Herr Ommen erklärt, dass die Notwendigkeit erkannt wurde. Er fragt nach der möglichen Zusammenarbeit mit den anderen Nachbarkommunen und –kreisen. Herr Holtstiege führt hierzu aus, dass im Einsatzfall die gegenseitige personelle Unterstützung selbstverständlich sei. Für die Beschaffung der einheitlichen technischen Ausstattung ist der Abschluss der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung erforderlich. Diese hat mit den drei Gebietskörperschaften bereits eine Größe erreicht, die aus praktischen Gründen nicht durch weitere Akteure ausgedehnt werden sollte.

Herr Werner begrüßt den Ausbau des Katastrophenschutzes ausdrücklich und sichert die Unterstützung zu.

### **Beschlussvorschlag:**

I.1 Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Verwaltungen der Stadt Münster und des Kreises Coesfeld, ein interkommunales Einsatzkonzept für die Bekämpfung ausgedehnter Wald- und Vegetationsbrände zu entwickeln.

I.2 Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Verwaltungen der Stadt Münster und des Kreises Coesfeld, ein interkommunales Einsatzkonzept für die Hilfeleistung größeren und regionalen Umfangs auf Bahnstrecken zu entwickeln.

I.3 Es wird zur Kenntnis genommen, dass Projekte der interkommunalen Zusammenarbeit durch das Land NRW finanziell gefördert werden können. Die Verwaltung wird beauftragt, Anträge zur Förderung beider Projekte zu stellen.

I.4 Die Verwaltung wird beauftragt, auf Basis der als Anlagen beigefügten Entwürfe die öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen mit der Stadt Münster und dem Kreis Coesfeld zur konzeptionellen Planung und Umsetzung der interkommunalen Zusammenarbeit abzuschließen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig angenommen

Ja	17
Nein	0
Enthaltung	0
Befangen	0

4.	<b>Erste Ergebnisse zur Einrichtung der Anonymen Spurensicherung bei Sexualdelikten (ASS) im Kreis Warendorf</b>	<b>195/2023</b>
----	--	-----------------

Frau Diekhoff berichtet von ersten Gesprächen mit verschiedenen Akteuren, bei denen die Idee zur Einrichtung der Anonymen Spurensicherung durchweg auf fruchtbaren Boden gefallen ist. Sie dankt ausdrücklich für den Auftrag, das Thema auch für Sexualdelikte gegen Männer zu betrachten. Frau Diekhoff erläutert, dass man zur weiteren Zusammenarbeit auf die Kooperation mit den unterschiedlichen Einrichtungen angewiesen sei. Hier sei allerdings kein Widerstand zu erwarten, die Beratungsstellen unterstützen das Projekt durchweg.

Herr Dr. Kornblum geht auf die Gespräche mit den Krankenhäusern ein, bei denen ebenfalls großes Interesse zu verzeichnen ist. Derzeit laufen die krankenhauser-internen Beratungen zu diesem für die Krankenhäuser bisher neuen Thema. Die dortigen Sorgen bezüglich Kosten und Personalmangel konnten durch die Erfahrungen aus Nachbarkreisen ausgeräumt werden. Aktuell haben alle Akutkliniken sowie die Psychiatrie mündlich ihr Interesse bekundet. Voraussichtlich wird ein Krankenhaus die Spurensicherung durchführen, die übrigen unterstützen im Verbund. Darüber hinaus wurden auch erste Gespräche mit der Rechtsmedizin geführt. Zur weiteren Zusammenarbeit ist eine schriftliche Fixierung erforderlich, die aktuell vorbereitet wird.

Frau Maschelski-Werning dankt für die Ausführungen und zeigt sich erfreut über die bisher erreichten Ergebnisse.

Herr Kühnel weist darauf hin, dass aus seiner Sicht das Stadium der ersten Ergebnisse bereits überschritten wurde. Herr Dr. Kornblum erklärt, dass zunächst nur mündliche Gespräche mit allen Beteiligten geführt wurden. Er ist aber guter Hoffnung, das Projekt auch schriftlich fixieren zu können.

Frau Mindermann zeigt sich ebenfalls erfreut über die aktuellen Entwicklungen und fragt nach dem zeitlichen Horizont zur Einführung der Spurensicherung. Frau Diekhoff erklärt, dass die ersten Schritte zur Schriftform gemacht wurden und hofft auf einen Abschluss des Projektes im Frühjahr 2024.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.



<b>5.</b>	<b>Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Einrichtung des Rettungsdienstes des Kreises Warendorf</b>	<b>193/2023</b>
-----------	---	-----------------

Frau Kleier berichtet von der jährlich erforderlichen Überarbeitung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Einrichtung des Rettungsdienstes des Kreises Warendorf. Die Krankenkassen wurden beteiligt, haben aber noch keine Stellungnahme abgegeben. Frau Kleier hofft, eine entsprechende Rückmeldung bis zur Sitzung des Finanzausschusses geben zu können. Der Überschuss aus dem Jahr 2022 wird in den Jahren 2024 bis 2026 abgebaut.

#### **Beschlussvorschlag:**

1. Der als **Anlage 1** beigefügten Gebührenkalkulation für die Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Einrichtungen des Rettungsdienstes des Kreises Warendorf wird zugestimmt.
2. Die als **Anlage 3** beigefügte Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Einrichtungen des Rettungsdienstes des Kreises Warendorf wird beschlossen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig angenommen

Ja	17
Nein	0
Enthaltung	0
Befangen	0

6.	<b>Vorbereitung von Entscheidungen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen, hier: Beratung des Budgets der Kreispolizeibehörde, des Amtes für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Straßenverkehr und des Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes für 2024</b>	<b>194/2023</b>
----	--	-----------------

Frau Schreier erläutert den Entwurf des Haushaltsplans für das Jahr 2024.

Herr Blömker fragt zum Produkt Personenstand / Staatsangehörigkeit nach den Auswirkungen auf den Stellenplan durch die erwartete Zunahme an Anträgen auf Einbürgerung. Die aktuelle Kennzahl sei hinsichtlich der langen Bearbeitungsdauer nicht zufriedenstellend. Frau Schreier führt hierzu aus, dass eine zusätzliche Stelle vorgesehen ist, das Personal aber voraussichtlich nicht auskömmlich sein wird. Durch die bevorstehende Gesetzesänderung wird eine weitere Zunahme der Anträge erwartet. Herr Holtstiege ergänzt hierzu, dass bis Ende 2023 auch ohne die Gesetzesänderung bereits rund 900 Anträge im laufenden Jahr erwartet werden. Im nächsten Jahr werden rund 1.400 Anträge erwartet. Allerdings ergeben sich durch die verzögerte Bearbeitung keine Nachteile mit Ausnahme des nicht vorhandenen Wahlrechts. Herr Holtstiege verweist in diesem Zusammenhang auf den gravierenden Fachkräftemangel, der eine weitere personelle Unterstützung in diesem Bereich erschwert.

Frau Schreier erläutert, dass im Produkt Feuerschutz die Ansätze der Fördergelder für die interkommunalen Einsatzkonzepte über die Änderungsliste angepasst wurden, da zu Beginn der Planung die Verteilung noch unklar war. Die erwartete Förderung wurde bei beiden Projekten von jeweils 100.000 € auf jeweils 70.000 € reduziert. Hinzu kommt ein Eigenanteil in Höhe von jeweils 8.000 €.

Frau Maschelski-Werning fragt nach der geplanten Stationierung des zu beschaffenden Wechselladerfahrzeugs im Produkt Katastrophenschutz. Herr Holtstiege erklärt, dass die Stationierung nach derzeitigem Stand in Oelde vorgesehen ist. Frau Schreier ergänzt hierzu, dass sich die Kostensteigerung durch eine aktuelle Preisabfrage ergibt. Derartige Kostensteigerungen sind derzeit bei vielen Sonderfahrzeugen zu verzeichnen.

Frau Schreier erläutert weiterhin, dass die Kennzahlen im Produkt Rettungsdienst ebenfalls über die Änderungsliste angepasst wurden. Während in den Vorjahren die Einsatzzahlen gestiegen sind, werden im laufenden erstmals rückläufige Einsatzzahlen erwartet. Die Kennzahl der RTW-Einsätze wurde daher von 13.300 auf 12.000 reduziert, bei NEF-Einsätzen wurde die Zahl von 3.000 auf 2.550 reduziert. Die Entwicklung in den Folgejahren bleibt dennoch abzuwarten.

Herr Blömker geht im Produkt Tierschutz auf die zu erwartenden Auswirkungen der Katzenschutz-Verordnung ein. Die Entwicklungen im Mammut-Tierheim Ahlen werden mit Sorge betrachtet. Hier seien die Kommunen gefragt, um das Tierheim finanziell besser auszustatten. Er sieht hier jedoch auch eine Verantwortlichkeit des Kreises. Daher werde eventuell ein Antrag zur finanziellen Unterstützung des Mammut-Tierheims Ahlen unabhängig von der Zustimmung zur Haushaltsplanung zur Sitzung

des Kreisausschusses eingebracht. Frau Schreier erklärt, dass die deutliche Überbelegung des Tierheims vor Ort in Augenschein genommen wurde. Hinsichtlich des Tierschutzes sei die Zuständigkeit des Kreises gegeben, für Fundtiere liege die ordnungsrechtliche Zuständigkeit jedoch bei den Kommunen. Insofern sei eine über die 80.000 € des Kreises Warendorf hinausgehende Unterstützung im Rahmen der Katzenschutzverordnung derzeit nicht erkennbar. Frau Schreier verweist auf die Gespräche mit dem Mammut-Tierheim Ahlen und bittet um entsprechende Gespräche mit den Räten der Kommunen hinsichtlich der finanziellen Unterstützung. Herr Blömker erklärt hierzu, dass entsprechende Gespräche aktuell laufen. Herr Kühnel weist darauf hin, dass er ebenfalls keine Zuständigkeit des Kreises Warendorf bzgl. des Tierheimes sieht. Herr Thiel fragt, ob seitens des Kreises Warendorf ordnungsrechtliche Maßnahmen hinsichtlich der Überbelegung geplant sind. Frau Schreier erklärt, dass derartige Maßnahmen derzeit nicht vorgesehen sind.

Herr Dr. Witte erläutert sodann den Vertrag mit dem Hundeasy! Freckenhorst, der insofern anders gestaltet ist, als dass dort lediglich im Einzelfall Hunde im Rahmen einer Fortnahme untergebracht werden. Auf Nachfrage von Frau Maschelski-Werning erklärt Herr Dr. Witte, dass in den vergangenen 30 Jahren lediglich zwei- bis dreimal Tiere durch den Kreis Warendorf im Mammut-Tierheim Ahlen untergebracht wurden. Herr Poppenberg fragt, inwieweit Kontrollen des Tierheims hinsichtlich der Überbelegung durch den Kreis Warendorf durchgeführt werden. Herr Dr. Witte erläutert hierzu, dass derartige Kontrollen regelmäßig stattfinden. Bei der Kontrolle im Frühjahr 2023 wurden 90 Katzen vorgefunden. Der Anstieg auf 209 Katzen bis zum Herbst sei dramatisch und überraschend. Das Tierheim hat insofern einen Aufnahmestopp verhängt. Weitere Gespräche mit dem Tierheim laufen. Derzeit seien sehr viele Katzen vor Ort, ansonsten werden die vorgegebenen Zahlen erfahrungsgemäß eingehalten. Auf Nachfrage von Herrn Poppenberg erklärt Herr Dr. Witte, dass eine Entnahme von Katzen vergleichbar mit denen von Nutztieren bei Seuchen nur schwer darstellbar sei.

Frau Schreier geht auf den Antrag der FWG ein und erläutert die Stellenanpassung im Veterinärbereich. Durch die unterjährige Reduzierung im Bereich der Lebensmittelüberwachung ergibt sich die Erhöhung um eine Stelle im Bereich des Veterinärwesens.

### **Beschlussvorschlag:**

Dem Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2024 wird, soweit die Zuständigkeit des Ausschusses für Öffentliche Ordnung und Bevölkerungsschutz gegeben ist, zugestimmt.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig angenommen

Ja	15
Nein	0
Enthaltung	2
Befangen	0

Frau Maschelski-Werning dankt für die Mitarbeit und schließt die Sitzung um 10.52 Uhr.



Sophia Maschelski-Werning  
Vorsitzende



Ltd. KRd Petra Schreier  
Schriftführerin